

GEWERKSCHAFTEN UND WIRTSCHAFTLICHE NEUORDNUNG IN FRANKREICH

Noch vor Beendigung des Krieges, unmittelbar nach der Befreiung des Landes im Jahre 1944, begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung. Die Neubildung der gewerkschaftlichen Organisationen führte sehr schnell zu einer außerordentlichen Stärkung des Einflusses der Arbeiterorganisationen auf das im Wiederaufbau befindliche Wirtschaftsleben des Landes. Dieser Einfluß war jedoch nicht von langer Dauer, denn er war von Anfang an mit einer immer unerträglicher werdenden Hypothek belastet. Die Kommunisten, die seit dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg in der nationalen Widerstandsbewegung außerordentlich aktiv waren, bemächtigten sich in ständig steigendem Maße der führenden Positionen in den gewerkschaftlichen Organisationen, Es gelang ihnen dadurch später, zahlreiche Schlüsselstellungen in den verstaatlichten Unternehmen zu erhalten. Die kommunistische Taktik bestand darin, den gewerkschaftlichen Apparat an sich zu reißen und anschließend die neuen verstaatlichten Betriebe mit ihren jederzeit willfähigen Parteigängern zu durchsetzen. Das rief oppositionelle Strömungen in den Gewerkschaften hervor, die im Jahre 1947 zur Spaltung und zur Gründung der freien Organisation *Force Ouvrière* führten. Das kommunistische Verhalten ist die Ursache für das Entstehen der ersten Widerstände gegen die Verstaatlichungen — und für das Aufkommen einer reaktionären Revisionsbewegung, die ihre wirkungsvollsten Argumente aus den Methoden schöpft, die in verstaatlichten Unternehmen von vielfach völlig ungeeigneten kommunistischen Beamten zur Einführung gelangten. Die kommunistische Haltung führte ferner dazu, daß die Anhänger einer grundlegenden Neuordnung der französischen Wirtschaft in den maßgebenden Grundindustrien in eine Defensivstellung gedrängt wurden, so daß sie sich jetzt darauf beschränken müssen, die bisher erzielten Ergebnisse gegen reaktionäre Anstürme zu schützen.

Die kommunistische Taktik hatte die weitere Folge, in der französischen Arbeiterschaft eine Gleichgültigkeit entstehen zu lassen, deren Opfer in erster Linie die Gewerkschaftsbewegung geworden ist. Von den 7½ Millionen im Jahre 1945/46 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern haben in der Zwischenzeit etwa 3½ Millionen den Organisationen den Rücken gekehrt. Der alten, heute völlig im Banne der Kommunisten stehenden Zentrale, der *Confédération Générale du Travail (CGT)*, gehören kaum noch zwei Millionen Mitglieder an. Es ist in dieser Hinsicht außerordentlich bezeichnend, daß im Anschluß an den vor kurzer Zeit abgehaltenen Kongreß dieser Organisation eine große Anzahl der bisher führenden kommunistischen Funktionäre abgesetzt und durch jüngere ersetzt wurden, von denen man einen neuen Impuls erwartet.

Die Versuche zum Aufbau einer einheitlichen, tatkräftigen und einflußreichen neuen Gewerkschaftsorganisation hatten bis jetzt nicht den erhofften Erfolg. Die aus der Spaltung des Jahres 1947 hervorgegangene *Force Ouvrière* bildet die Basis für eine neue und freie Gewerkschaftsorganisation. Sie hat zweifellos eine bedeutende Zahl der aus der CGT ausgeschiedenen Arbeiter in ihren neu errichteten Föderationen aufnehmen können, aber die Hoffnungen ihrer Gründer und Leiter, *Leon Jouhaux* und *Robert Botherau*, haben sich bis jetzt kaum voll erfüllt.

Die christlichen Gewerkschaften (*Confédération Française des Travailleurs Chrétiens — CFTC*) halten an ihrer Autonomie fest. Erst kürzlich beschlossen sie,

den Eintritt in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften in Brüssel abzulehnen und an ihren bisherigen internationalen Bindungen festzuhalten. Beide Gewerkschaftsorganisationen — *Force Ouvrière* und *CFTC* — die etwa gleich stark sind, dürften zusammen 1,8 bis 2 Millionen Mitglieder besitzen. Daneben fallen die von den gaullistischen Organisationen und von den autonomen Verbänden, teils anarchistischen Charakters, organisierten Arbeiterkreise kaum ins Gewicht. Ingenieure, Techniker, leitende Angestellte und höhere Beamte vereinigt die *Confédération Générale des Cadres (CGC)*.

Die Lage der arbeitenden Bevölkerung

Das Mißverhältnis zwischen den Preisen und den Löhnen ist frappant. Selbst wenn man zum Individuallohn, der dem Arbeiter vom Unternehmen gezahlt wird, den Soziallohn (Familienzuschlag) hinzurechnet, der, von der Gesamtarbeiterschaft aufgebracht, an diejenigen Arbeitnehmer gezahlt wird, die Kinder zu unterhalten haben, bleibt das Mißverhältnis zwischen den Preisen und Löhnen bestehen. Bisher war die Lohnskala auf einen Mindestlohn von 17 000 Francs (204 Mark) im Monat aufgebaut, der sehr erheblich unter den tatsächlichen Lebenshaltungskosten lag. Es hängt von der Entwicklung der Preise ab, inwieweit die am 8. September von der französischen Regierung verfügte Erhöhung des Mindestmonatslohnes von 17 000 Francs auf 20 000 Francs (240 Mark), also um rund 15 v. H. zu einer Stabilisierung der Lebenshaltungskosten beitragen wird. Auch die Altersrenten, die Familienzulagen und die Wohlfahrtsunterstützungen wurden um 15 v. H. erhöht — gleichzeitig jedoch wurde der französische Inlandskohlepreis und der Strompreis um 10 v. H. heraufgesetzt.

Die Sozialleistungen (Sozialversicherung, Lohnsteuer und Familienversicherung) werden von den französischen Unternehmern als besonders harte Belastungen für die Betriebe bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um nichts anderes, als um einen Lohnanteil, der den Arbeitnehmern vorenthalten, bzw. zurückgehalten wird. Das trifft für die Familienleistungen zu, die auf dem Wege über eine Kompensationskasse gezahlt werden. Ebenso unberechtigt ist die Behauptung, die sechsprozentige Lohnsteuer sei eine ungerechtfertigte Betriebsbelastung. Die Arbeitgeber rechnen bei dieser Behauptung allzu stark mit der Vergeßlichkeit der Öffentlichkeit. Bis zum Herbst 1949 zahlten alle Arbeitnehmer für den Lohnanteil, der die Steuerfreigrenze überschritt, eine zehnprozentige Lohnsteuerabgabe, die von den Betrieben an die Steuerämter abgeführt wurde. Im Herbst 1949 entschloß man sich zu einer Neuregelung. Grund dafür war eine Teuerungswelle, die das gesamte Wirtschaftsgefüge bedrohte und eine Reihe schwerer Lohnstreitigkeiten hervorrief. Die damals gewährten Lohn erhöhungen wurden von allen Seiten — einschließlich der Regierung — als unzureichend erachtet. Der Staat entschloß sich deshalb, auf die bis dahin von den Arbeitnehmern gezahlte Lohnsteuer zu verzichten, wodurch sich die Löhne automatisch um etwa 5 v. H. erhöhten. Als Ausgleich erhob er von den Arbeitgebern eine sechsprozentige Abgabe auf die gesamte zur Auszahlung gelangende Lohnsumme, die sofort auf die Preise abgewälzt wurde. Es läßt sich gewiß über die Zweckmäßigkeit des im Herbst 1949 zur Einführung gelangten Lohnsteuersystems diskutieren; die Behauptung, es handle sich um eine ungerechtfertigte Belastung der Betriebe, ist jedoch falsch.

Die Produktivität hat in Frankreich ebenso wie in den anderen Industrieländern seit Kriegsende wesentlich zugenommen. Nicht nur, weil die organisatorischen und betriebstechnischen Produktionsbedingungen verbessert wurden, sondern auch infolge erhöhter individueller Arbeitsleistungen. Mit Recht durfte

die französische Arbeiterschaft erwarten, daß die Steigerung der Produktivität und die Erhöhung der Produktion zu einer Verbesserung ihrer materiellen Situation führen würde, Wenn dies in den meisten Fällen nicht geschah, so deshalb, weil das französische Unternehmertum in seiner großen Mehrheit in einer Weise sozial rückständig ist, wie man es selten anderweitig in der Welt findet. Dieses Unternehmertum weiß die Vorteile nicht wahrzunehmen, die eine materiell zufriedengestellte Arbeiterschaft zu bieten hat. Andererseits ist an diesem Zustand die verhängnisvolle Spaltung der französischen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften schuld, die seit langer Zeit machtvolle Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit unmöglich machen. Die freien französischen Gewerkschaften bejahen die Notwendigkeit zur Steigerung der Produktion und der Produktivität. Es fällt ihnen jedoch nicht leicht, diese Notwendigkeit den Arbeitern verständlich zu machen, da die erwartete Verbesserung des Lebensstandards ausgeblieben ist und andere soziale Schichten vielfach in einem unerhörten Wohlstand und Luxus leben.

Die Auffassungen der Gewerkschaften über das Produktivitätsproblem weichen sehr erheblich von den Anschauungen der Unternehmer ab. Diese wollen es im wesentlichen durch Steigerung der Arbeitsleistungen der Arbeitnehmer lösen. Die Gewerkschaften sind jedoch der Meinung, daß die Arbeitnehmer unter Auswertung der ihnen zur Verfügung stehenden technischen und organisatorischen Mittel bereits ein Leistungshöchstmaß erreicht haben. Eine weitere Leistungssteigerung ist ihrer Auffassung nach nur möglich, wenn bessere technische und organisatorische, aber auch psychologische Voraussetzungen geschaffen werden und wenn günstigere Lohnverhältnisse die Arbeitnehmerschaft zu größeren physischen Leistungen befähigen. Die Diskussionen über diese Fragen sind gerade jetzt wieder sehr lebhaft, denn es handelt sich darum, durch geeignete wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Maßnahmen der französischen Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben. Die Unternehmer sprechen von der Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft der breiten Massen, die Gewerkschaften weisen jedoch darauf hin, daß es sich angesichts der Preisentwicklung der letzten Monate nicht darum handeln könne, die seit Ausbruch des koreanischen Konfliktes stark gesunkene Kaufkraft zu stabilisieren, d. h., sich mit dem in der Zwischenzeit eingetretenen Kaufkraftschwund abzufinden, sondern im Gegenteil darum, die verlorene Kaufkraft zurückzugewinnen und darüber hinaus durch die Schaffung neuer Kaufkraft den inneren Markt zu beleben. Nur dann können nach ihrer Auffassung auch die Mittel zu der allgemein als notwendig erachteten militärischen Aufrüstung gefunden werden, ohne gleichzeitig inflationistische Gefahren heraufzubeschwören.

Ende Juli bildeten die drei nicht-kommunistischen Gewerkschaften (Force Ouvrière, CFTC und CGC) eine eigene Produktivitätszentrale, die die nationale Produktivitätszentrale in ihren Bemühungen um eine erhöhte Produktivität unterstützen und dafür Sorge tragen soll, daß die aus einer Produktivitätserhöhung erwachsenden Vorteile direkt und unmittelbar den Arbeitern und Angestellten zugute kommen. Der „Kreuzzug für die Produktivität“ wird mit tatkräftiger Unterstützung der amerikanischen Mission der ECA in Frankreich durchgeführt.

Die soziale Rückständigkeit weiter französischer Unternehmerkreise ist zum Teil die Folge einer überholten Wirtschaftsstruktur des Landes. Es hat sich gezeigt, daß es sehr schwierig ist, die vielen zehntausende Betriebe auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und zu einer einheitlichen Haltung zu veranlassen. Der durch nichts mehr begründete Individualismus in der Betriebsführung macht sich im Verhalten gegenüber der Arbeitnehmerschaft peinlich

bemerkbar. Selbstverständlich gibt es auch fortschrittliche Unternehmerkreise. Aber im allgemeinen macht sich die Unfähigkeit der Unternehmer im Kampfe gegen die in- und ausländische Konkurrenz in der Haltung gegenüber der Arbeiterschaft bemerkbar. Die Behauptung, hohe Sozillasten und übertriebene Steuern verhindern bessere Löhne, gehören in das Reich der Fabel. In anderen Industrieländern sind die Sozillasten nicht geringer, wohl aber Preise und Löhne ausgeglichener.

In den Unternehmen der Großmetall- und Eisenindustrie wurden in den vergangenen Jahren sehr hohe Gewinne erzielt, doch haben die Arbeitnehmer davon nicht profitieren können. Als in der französischen Öffentlichkeit von skandalösen Übergewinnen gesprochen wurde und von Anti-Trust-Gesetzen die Rede war, erklärte man, die erzielten Gewinne würden lediglich die seit langem notwendigen Neuinvestitionen ermöglichen. Immer wieder war festzustellen, daß sich die leistungsfähigen Unternehmen bei Lohnauseinandersetzungen hinter den vielfach selbst verschuldeten Schwierigkeiten der zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen versteckten, und nur selten gelang es, für die Arbeiter der organisatorisch und technisch hochentwickelten Betriebe bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Die eigenartige Entwicklung der letzten Jahre — starkes Ansteigen der Produktion, deren Index schon im Juni mit 143 (1938 = 100) höher lag als 1929, bei gleichzeitigem Absinken der Kaufkraft der breiten Massen — hat das *Problem der gleitenden Lohnskala akut* werden lassen. Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern eine Neuverteilung des National-Einkommens. Sie sind entschlossen, die Kaufkraft der Löhne nach einer erneuten Angleichung an die eingetretene Preisentwicklung zu sichern. Immer stärker tritt deshalb die Forderung nach der gleitenden Lohnskala in den Vordergrund. Selbst in den Regierungskreisen zeigt man sich dieser Forderung gegenüber nicht mehr absolut ablehnend, obwohl man noch zahlreiche Vorbehalte macht. Wenn sich in offiziellen Kreisen eine gewisse Neigung für dieses System zeigt, so deshalb, weil man daraus ein wirkungsvolles Argument gegen die fortgesetzten Preissteigerungen ziehen zu können glaubt. Dieses Argument findet auch in Gewerkschaftskreisen starke Beachtung, denn in der Tat ist die Arbeiterschaft weniger an nominellen Lohnerhöhungen, als an einer Kaufkraftsicherung und -steigerung interessiert. Man will endlich Schluß mit einer Preispolitik machen, die sich seit Jahren zum Nachteil der Arbeitnehmerschaft auswirkt.

Die Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer steht in Frankreich noch nicht zur Diskussion. Ein Ansatz zur Mitbestimmung besteht lediglich in den verstaatlichten Unternehmen, deren Geschäftsführung jeweils einem aus 18 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat obliegt, dem je sechs Vertreter der Erzeuger, der Verbraucher und des Staates angehören. Unter den Vertretern der Erzeuger befinden sich drei Vertreter der Arbeiterschaft. Sie haben die gleichen Vollmachten wie alle Verwaltungsmitglieder, aber sie sind eben nur drei unter 18, und damit ist der Einfluß gekennzeichnet, den sie in diesem Gremium ausüben können.

Die Gewerkschaften haben zweifellos den festen Willen, das Mitbestimmungsrecht in den führenden Industrien zu erkämpfen. Ebenso ist nicht daran zu zweifeln, daß sich die Arbeiterschaft für das Mitbestimmungsrecht, seitdem es im deutschen Bergbau und der Eisenindustrie verwirklicht wurde, lebhaft interessieren. Trotzdem ist aber festzustellen, daß der Augenblick zur Verwirklichung in Frankreich noch nicht gekommen ist, weil es an der dazu notwendigen Kampfentschlossenheit der Arbeitnehmerschaft und an Kräften fehlt, die bei der Durchführung der Mitbestimmung zum Einsatz gebracht werden könnten.

Damit berühren wir eines der schwächsten Kapitel der französischen Gewerkschaftsbewegung. Diese verfügt zwar über befähigte, einsatzbereite und begeisterte Funktionäre. Ihr Kreis ist jedoch bei weitem zu klein und die Gewerkschaften sind finanziell zu arm, um schnell Abhilfe schaffen zu können. Die Opferfreudigkeit weiter Mitgliederkreise und die Beiträge, die gezahlt werden, sind für die Durchführung großer Kämpfe um die demokratische Neuordnung der französischen Wirtschaft viel zu gering. Die französischen Gewerkschaften leiden unter dieser Tatsache. Sie verhindert die systematische Schulung geeigneter Gewerkschafter und hemmt die Bestrebungen für die Umformung des Wirtschaftslebens. Die demokratische Gewerkschaftsbewegung war nach dem Kriege gezwungen, nicht nur die führenden Positionen in den eigenen Reihen mit fähigen Funktionären zu besetzen. Sie hat außerdem zahlreiche Männer in leitende Funktionen in den Staat und in die verstaatlichten Betriebe entsandt. Das Nachwuchsproblem stellt sich deshalb mit außerordentlicher Schärfe.